

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1967

Ausgegeben am 14. März 1967

22. Stück

- 81.** Bundesgesetz: Neuerliche Abänderung des Bundesgesetzes, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft
- 82.** Bundesgesetz: Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft
- 83.** Bundesgesetz: Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie
- 84.** Verordnung: Abänderung der Fachgruppenordnung
- 85.** Kundmachung: Anwendungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)
- 86.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Übereinkommens zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels
- 87.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Abkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen
- 88.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Protokolls betreffend die Abänderung des in Genf abgeschlossenen Übereinkommens zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und des in Genf abgeschlossenen Abkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen
- 89.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches des Welturheberrechtsabkommens und seiner Zusatzprotokolle Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3
- 90.** Kundmachung: Ausdehnung des Geltungsbereiches der Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation

**81. Bundesgesetz vom 1. März 1967, mit dem das Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, neuerlich abgeändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

### Artikel I

Das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1964, BGBl. Nr. 293, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 47/1965, wird abgeändert wie folgt:

§ 1 hat zu lauten:

„§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, für den Bund bis zu einem Betrag von 330 Millionen Schilling zuzüglich Zinsen und Kosten die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Darlehen und Anleihen zu übernehmen, die die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft für den Ausbau der Felbertauernstraße von Mittersill nach Matrei in Osttirol und des dazugehörigen Straßentunnels aufnimmt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn

- a) der nominelle Zinsfuß der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites nicht mehr als 4% über dem im Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955) beträgt,
- b) die Laufzeit der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites 30 Jahre nicht übersteigt,
- c) die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 9% beträgt:

$$100 \times \text{Zinsfuß}$$

Begebungskurs abzüglich Provision  
in Hundertsätzen

und

- d) die Kreditaufnahme in Schillingen, US-Dollar, Französischen Franken, Schweizer Franken, Deutschen Mark, Englischen Pfunden oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt ist.“

## Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Klaus                      Jonas                      Schmitz

**82. Bundesgesetz vom 1. März 1967, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Zur einmaligen oder mehrmaligen Umschuldung der in der Anlage angeführten Schuldverpflichtungen der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für die im In- und Ausland aufgenommenen Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite der genannten Aktiengesellschaft Haftungen namens des Bundes als Bürge und Zahler (§ 1357 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen den Betrag von 300 Millionen Schilling zuzüglich Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn

- a) der nominelle Zinsfuß der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites nicht

mehr als 4% über dem im Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955) beträgt,

- b) die Laufzeit der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites 30 Jahre nicht übersteigt,

- c) die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 9% beträgt:

$$100 \times \text{Zinsfuß}$$

Begebungskurs abzüglich Provision  
in Hundertsätzen

und

- d) die Kreditaufnahme in Schillingen, US-Dollar, Französischen Franken, Schweizer Franken, Deutschen Mark, Englischen Pfunden oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt ist.

§ 2. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 für Fremdwährungsbeträge übernommen, so sind diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf den genannten Höchstbetrag anzurechnen.

§ 3. Die in § 1 erteilte Ermächtigung gilt bis einschließlich 31. Dezember 1971.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Klaus                      Jonas                      Schmitz

Anlage

**Rückzahlungsverpflichtungen der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, in den Jahren 1966 bis 1968**

|   | Wert in 1000 Schilling |         |
|---|------------------------|---------|
| 1966 Österreichische Bankenkredite 1965 .....                         | 6'658                  |         |
| Süd Aviation .....  | 16'252                 | 22'910  |
| 1967 Französischer Bankenkredit 1963 .....                            | 21'056                 |         |
| Kredit eines New Yorker Bankhauses 1964 .....                         | 148'658                |         |
| Umschuldungskredit eines Londoner Bankhauses 1966 .....               | 26'000                 |         |
| Österreichische Bankenkredite 1965 .....                              | 13'312                 |         |
| Süd Aviation .....  | 31'339                 | 240'365 |
| 1968 Konsortialkredit diverser österreichischer Sparkassen 1966 ..... | 4'087                  |         |
| Französischer Bankenkredit 1963 .....                                 | 6'554                  |         |
| Umschuldungskredit einer New Yorker Investitionsbank 1966 .....       | 26'582                 | 37'223  |
|   |                        | 300'498 |

**83. Bundesgesetz vom 1. März 1967, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Zur einmaligen oder mehrmaligen Umschuldung der in der Anlage angeführten Schuldverpflichtungen der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für die im In- und Ausland aufgenommenen Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite der genannten Gesellschaft Haftungen namens des Bundes als Bürge und Zahler (§ 1357 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen den Betrag von 390 Millionen Schilling zuzüglich Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn

- a) der nominelle Zinsfuß der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites nicht mehr als 4% über dem im Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955) beträgt,

- b) die Laufzeit der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites 30 Jahre nicht übersteigt

- c) die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 9% beträgt:

$$\frac{100 \times \text{Zinsfuß}}{\text{Begebungskurs abzüglich Provision}}$$

in Hundertsätzen

und

- d) die Kreditaufnahme in Schillingen, US-Dollar, Französischen Franken, Schweizer Franken, Deutschen Mark, Englischen Pfunden oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt ist.

§ 2. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 für Fremdwährungsbeträge übernommen, so sind diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf den genannten Höchstbetrag anzurechnen.

§ 3. Die in § 1 erteilte Ermächtigung gilt bis einschließlich 31. Dezember 1972.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

Jonas

Klaus

Schmitz

Anlage

**Rückzahlungsverpflichtungen der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie in den Jahren 1966 bis 1969**

|   | 1966       | Rückzahlungsverpflichtungen in US-Dollar in den Jahren |           |         | zusammen          |
|---|------------|--|-----------|---------|-------------------|
|   |            | 1967   | 1968      | 1969    |                   |
| 5 1/8% US-Bankencredit I vom<br>1. April 1964, Kreditbetrag<br>10 Millionen US-Dollar ..... | 10,000.000 | —  | —         | —       | 10,000.000        |
| 5% US-Bankencredit II vom<br>1. April 1964, Kreditbetrag<br>2'5 Millionen US-Dollar .....   | —          | 1,000.000  | 1,000.000 | 500.000 | 2,500.000         |
| 5% US-Bankencredit III vom<br>1. April 1964, Kreditbetrag<br>2'5 Millionen US-Dollar .....  | —          | 1,000.000  | 1,000.000 | 500.000 | 2,500.000         |
|   |            |  |           |         | <u>15,000.000</u> |

**84. Verordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vom 22. Februar 1967, mit der die Fachgruppenordnung abgeändert wird**

Auf Grund des Handelskammergesetzes, BGBl. Nr. 182/1946, insbesondere dessen § 32,

wird im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Inneres, für soziale Verwaltung, für Finanzen, für Land- und Forstwirtschaft sowie für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen verordnet:

Der Anhang zur Fachgruppenordnung, BGBl. Nr. 223/1947, in der Fassung der Verordnungen

BGBI. Nr. 35/1960 und BGBI. Nr. 237/1962 sowie der Kundmachung des Bundeskanzleramtes BGBI. Nr. 70/1960 wird abgeändert wie folgt:

1. Der § 1 Abs. 4 H hat wie folgt zu lauten:

„H. Bei der Bundesinnung der Friseure und Kosmetiker (Ziffer 44):

- a) Landesinnung Wien der Friseure, umfassend:  
Friseure, Raseure, Perückenmacher, Haarverarbeiter.
- b) Landesinnung Wien der Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure, umfassend:  
Kosmetiker, Handpfleger, Masseure, Hühneraugenschneider, Fußpfleger.“

2. Der § 1 Abs. 5 des Fachgruppenkataloges hat wie folgt zu lauten:

„(5) In Vorarlberg können innerhalb der nachstehend angeführten Bundesinnungen mehrere Landesinnungen errichtet werden:

- A. Bei der Bundesinnung der Sticker, Stricker, Wirker, Weber, Posamentierer und Seiler (Ziffer 33):
- a) Landesinnung Vorarlberg der Sticker, umfassend:  
Maschinstickler,  
Handstickler,  
Musterzeichner,  
Scherler,  
Ausschneider,  
Fergger.
- b) Landesinnung Vorarlberg der Stricker, Wirker, Posamentierer und Seiler, umfassend:  
Posamentierer,  
Woll- und Seidenadjustierer,  
Seiler,  
Handstricker, Maschinstricker, Wirker,  
Weber (Tuchmacher),  
Teppichknüpfer,  
Kunststopfer,  
Banderzeuger,  
Tamburierer,  
Plissierer,  
Spitzenklöppler,  
Inhaber gewerblicher Spinnereien,  
Repassierer.
- B. Bei der Bundesinnung der Friseure und Kosmetiker (Ziffer 44):
- a) Landesinnung Vorarlberg der Friseure, umfassend:  
Friseure, Raseure, Perückenmacher, Haarverarbeiter.
- b) Landesinnung Vorarlberg der Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure, umfassend:  
Kosmetiker, Handpfleger, Masseure, Hühneraugenschneider, Fußpfleger.“

Bock

## 85. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 16. Feber 1967, betreffend den Anwendungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (BGBI. Nr. 254/1951, in der geltenden Fassung) wird von Österreich hinsichtlich nachstehender Staaten beziehungsweise Gebiete angewendet:

Algerien <sup>1)</sup>, Argentinien <sup>2)</sup>, Australien, Belgien, Botswana <sup>1)</sup>, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Burma, Burundi, Ceylon, Chile, Cypern, Dahomey, Dänemark (einschließlich der Färöerinseln), Dominikanische Republik, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich (einschließlich des Fürstentums Monaco; weiters Französisch-Guayana, Französisch-Ozeanien, Französisch-Somaliland, Guadeloupe, Komoren, Martinique, Neu-Kaledonien, Réunion, St. Pierre und Miquelon, Südliche und Antarktische Territorien, umfassend die Kerguelen- und Crozet-Inseln, St. Paul und Neu-Amsterdam, Terre Adélie; ferner die Inseln Tromelin, Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas de India), Gabon, Gambia, Ghana, Griechenland, Guayana, Haiti, Indien, Indonesien, Island <sup>3)</sup>, Israel, Italien, Jamaika, Jugoslawien, Kamerun, Kanada, Kenia, Kongo (Brazzaville), Kongo (Demokratische Republik) <sup>1)</sup>, Kuba, Kuwait, Lesotho <sup>1)</sup>, Luxemburg, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Malediven <sup>1)</sup>, Mali <sup>1)</sup>, Malta, Mauretanien, Neuseeland (einschließlich der Cook-Inseln, umfassend auch Niue), Niederlande (einschließlich der Niederländischen Antillen und Surinam), Nicaragua, Niger, Nigeria, Norwegen, Obervolta, Pakistan, Peru, Portugal (einschließlich Madeira und Azoren; weiters Angola, Cabinda, Kapverdische Inseln, Macao, Mozambique, Portugiesisch-Guinea, Sao Tomé und Príncipe sowie Portugiesischer Teil von Timor), Rhodesien, Rwanda, Sambia <sup>1)</sup>, Schweden, Schweiz (einschließlich Liechtenstein), Senegal, Sierra Leone, Singapur <sup>1)</sup>, Spanien (einschließlich der Balearen; weiters Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla, Ifni und Spanisch-Sahara, Fernando Poo und Rio Muni), Südafrika (einschließlich Südwestafrika und der Prinz-Eduard-Inseln), Tansania, Togo, Trinidad und Tobago, Tschad, Tschechoslowakei, Tunesien <sup>4)</sup>, Türkei, Uganda, Uruguay, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (einschließlich der Insel Man und der Kanal-Inseln; weiters Aden und die Südarabischen

<sup>1)</sup> De facto-Mitglied im Sinne der Empfehlung der Vertragsparteien des GATT vom 18. November 1960.

<sup>2)</sup> Provisorisches Mitglied; siehe BGBI. Nr. 300/1962, 57/1964, 122/1965.

<sup>3)</sup> Provisorisches Mitglied; siehe BGBI. Nr. 42/1965, 247/1966.

<sup>4)</sup> Provisorisches Mitglied; siehe BGBI. Nr. 233/1960, 231/1962, 41/1965, 248/1966.

Protektorate, Antarktisches Territorium, Antigua, Bahamas, Bahrein, Barbados, Bermuda, Britisch-Honduras, Britische Jungfern-Inseln, Brunei, Cayman-Inseln, Dominica, Falkland-Inseln, Fidschi, Gibraltar, Grenada, Hongkong, Katar, Mauritius, Montserrat, St. Kitts, Nevis und Anguilla, St. Helena, St. Lucia, St. Vincent, Seychellen, Swaziland, Tonga, „Trucial States“, umfassend Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, Ras Al Khaimah, Umm Al Qaiwan und Fujairah, Turks- und Caicos-Inseln, West-Pazifische Gebiete einschließlich der Salomon-, Gilbert- und Ellice-Inseln), Vereinigte Staaten von Amerika (einschließlich Guam, Amerikanische Jungfern-Inseln, Kanalzone, Kingman-Riff, Midway-Inseln, Puerto Rico, Amerikanisch-Samoa, Pazifische Treuhandgebiete, umfassend die Karolinen, Marianen und Marshall-Inseln, Wake-Insel), Zentralafrikanische Republik.

Klaus

**86. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. Feber 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Übereinkommens zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels**

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben Sierra Leone, Cypren, Jamaika, Trinidad und Tobago sowie Singapur erklärt, sich an das Internationale Übereinkommen zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vom 30. September 1921 (BGBl. Nr. 704/1922, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 110/1959) gebunden zu erachten, dessen Anwendung bereits vor Erlangung der Unabhängigkeit auf das Gebiet dieser Staaten ausgedehnt worden war.

Ferner sind diesem Übereinkommen in der Fassung des Protokolls vom 12. November 1947, BGBl. Nr. 204/1950, folgende Staaten beigetreten:

| Staaten:   | Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde: |
|------------|--|
| Madagaskar | 18. Feber 1963                               |
| Algerien   | 31. Oktober 1963                             |
| Malawi     | 25. Feber 1966                               |

Klaus

**87. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. Feber 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Internationalen Abkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933**

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben Dahomey, die Zentralafrikanische Republik, Kongo (Brazzaville) und

Senegal erklärt, sich an das Internationale Abkommen zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen vom 11. Oktober 1933 (BGBl. Nr. 317/1936, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 80/1962) gebunden zu erachten, dessen Anwendung bereits vor Erlangung der Unabhängigkeit auf das Gebiet dieser Staaten ausgedehnt worden war.

Ferner sind diesem Abkommen in der Fassung des Protokolls vom 12. November 1947, BGBl. Nr. 204/1950, folgende Staaten beigetreten:

| Staaten:   | Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde: |
|------------|--|
| Algerien   | 31. Oktober 1963                             |
| Madagaskar | 12. Feber 1964                               |
| Singapur   | 26. Oktober 1966                             |

Klaus

**88. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. Feber 1967 über die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Protokolls vom 12. November 1947 betreffend die Abänderung des in Genf am 30. September 1921 abgeschlossenen Übereinkommens zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und des in Genf am 11. Oktober 1933 abgeschlossenen Abkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen**

Nach Mitteilung des Generalsekretariates der Vereinten Nationen haben folgende Staaten das Protokoll vom 12. November 1947 betreffend die Abänderung des in Genf am 30. September 1921 abgeschlossenen Übereinkommens zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels und des in Genf am 11. Oktober 1933 abgeschlossenen Abkommens zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen (BGBl. Nr. 204/1950, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich des Protokolls BGBl. Nr. 81/1962) angenommen beziehungsweise sind diesem beigetreten:

| Staaten:       | Datum der Wirksamkeit: |
|----------------|------------------------|
| Sierra Leone   | 13. August 1962        |
| Elfenbeinküste | 5. November 1962       |
| Niger          | 7. Dezember 1964       |
| Jamaika        | 16. März 1965          |
| Singapur       | 26. Oktober 1966       |

Klaus

**89. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. Feber 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Welturheberrechtsabkommens vom 6. September 1952 und seiner Zusatzprotokolle Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3**

Nach Mitteilung des Generaldirektors der UNESCO haben folgende weitere Staaten ihre

Ratifikationsurkunden beziehungsweise Beitrittsurkunden zum Welturheberrechtsabkommen und seinen Zusatzprotokollen (BGBl. Nr. 108/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 318/1962) hinterlegt:

a) Welturheberrechtsabkommen

| Staaten:     | Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß Artikel IX Z. 2: |
|--------------|---|
| Norwegen     | 23. Jänner 1963                                     |
| Finnland     | 16. April 1963                                      |
| Griechenland | 24. August 1963                                     |
| Peru         | 16. Oktober 1963                                    |
| Neuseeland   | 11. September 1964                                  |
| Guatemala    | 28. Oktober 1964                                    |
| Sambia       | 1. Juni 1965  |
| Malawi       | 26. Oktober 1965                                    |
| Jugoslawien  | 11. Mai 1966  |
| Kenia        | 7. September 1966                                   |
| Venezuela    | 30. September 1966                                  |

b) Zusatzprotokoll Nr. 1

| Staaten:     | Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß Z. 2 lit. b: |
|--------------|---|
| Norwegen     | 23. Jänner 1963                                 |
| Finnland     | 16. April 1963                                  |
| Griechenland | 24. August 1963                                 |
| Neuseeland   | 11. September 1964                              |
| Guatemala    | 28. Oktober 1964                                |
| Jugoslawien  | 11. Mai 1966                                    |
| Kenia        | 7. September 1966                               |
| Venezuela    | 30. September 1966                              |

c) Zusatzprotokoll Nr. 2

| Staaten:     | Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß Z. 2 lit. b: |
|--------------|---|
| Norwegen     | 23. Jänner 1963                                 |
| Finnland     | 16. April 1963                                  |
| Griechenland | 24. August 1963                                 |
| Neuseeland   | 11. September 1964                              |
| Guatemala    | 28. Oktober 1964                                |
| Jugoslawien  | 11. Mai 1966                                    |
| Kenia        | 7. September 1966                               |
| Venezuela    | 30. September 1966                              |

d) Zusatzprotokoll Nr. 3

| Staaten:     | Zeitpunkt des Inkrafttretens gemäß Z. 6 lit. b: |
|--------------|---|
| Norwegen     | 23. Oktober 1962                                |
| Finnland     | 16. Jänner 1963                                 |
| Griechenland | 24. Mai 1963                                    |
| Neuseeland   | 11. Juni 1964                                   |
| Guatemala    | 28. Juli 1964                                   |
| Jugoslawien  | 11. Feber 1966                                  |
| Kenia        | 7. Juni 1966                                    |
| Venezuela    | 30. Juni 1966                                   |

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland hat hin-

sichtlich folgender Gebiete Erklärungen gemäß Artikel XIII abgegeben:

| Staaten:                                       | Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Erklärung: |
|--|---|
| Nord-Borneo, Sansibar, Bermuda                 | 4. Mai 1963                                 |
| Bahamas, Jungfern-Inseln                       | 26. Juli 1963                               |
| Falkland-Inseln, St. Helena, Seychellen, Kenia | 29. Jänner 1964                             |
| Mauritius                                      | 6. Jänner 1965                              |
| Bechuanaland, Montserrat, St. Lucia            | 8. Mai 1966                                 |
| Grenada  | 15. Mai 1966                                |
| Cayman-Inseln                                  | 11. Juni 1966                               |
| Britisch-Guayana                               | 15. Juni 1966                               |
| Britisch-Honduras                              | 19. Oktober 1966                            |

Ferner hat Neuseeland gemäß Artikel XIII dieses Abkommens erklärt, daß es auch auf die Inseln Cook (einschließlich Niue) und die Inseln Tokelau anwendbar ist; diese Erklärung ist am 11. September 1964 wirksam geworden.

Klaus

**90. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 21. Feber 1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation**

Nach Mitteilungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika haben folgende weitere Staaten die Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation (BGBl. Nr. 216/1957, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 125/1963) ratifiziert beziehungsweise angenommen:

| Staaten:       | Inkrafttreten:    |
|----------------|-------------------|
| Syrien         | 6. Juni 1963      |
| Libyen         | 9. September 1963 |
| Elfenbeinküste | 19. November 1963 |
| Algerien       | 24. Dezember 1963 |
| Gabon          | 21. Jänner 1964   |
| Nigeria        | 25. März 1964     |
| Kamerun        | 13. Juli 1964     |
| Kuwait         | 1. Dezember 1964  |
| Madagaskar     | 22. März 1965     |
| Costa Rica     | 25. März 1965     |
| Cypern         | 7. Juni 1965      |
| Kenia          | 12. Juli 1965     |
| Jamaika        | 29. Dezember 1965 |
| Panama         | 2. März 1966      |
| Jordanien      | 18. April 1966    |

Klaus